


Welt:Bürger gefragt!

Vorschlag für neue Entwicklungspolitische
Leitlinien des Landes Baden-Württemberg



 Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

INHALT

- 3 Grußwort von Minister Peter Friedrich
- 4 Was ist der Entwicklungspolitische Dialog?
- 7 Eindrücke von den Veranstaltungen des Entwicklungspolitischen Dialogs
- 12 Vorschlag für neue Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes Baden-Württemberg
- 26 Namen und Daten



ENTWICKLUNGSPOLITIK WIRD ZUR Kernaufgabe der Landesregierung

Der Entwicklungspolitische Dialog der Landesregierung WELT:BÜRGER GEFRAGT! hat der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg Schwung und Dynamik verliehen. Über 1.500 Bürgerinnen und Bürger haben sich in die Workshops der Initiative eingebracht. Mehr als 120 Verbände haben Stellung bezogen, viele mit ausführlichen Gutachten. Viele Abgeordnete und alle Ministerien haben sich beteiligt. Dabei ist eine breite entwicklungspolitische Koalition entstanden – einhellig getragen von den demokratisch gewählten Delegierten aus den fast 20 Veranstaltungen und den entwicklungspolitischen Experten der im Fachbeirat vertretenen Organisationen. Dazu gehören die kommunalen Spitzenverbände, die Kirchen, die Entwicklungsgesellschaften des Bundes, der Dachverband Entwicklungszusammenarbeit (DEAB), die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) und die Migrantenorganisationen. Mit dieser Koalition sind wir bei der Vernetzung der entwicklungspolitischen Akteure, dem ersten großen Anliegen des Dialogs, ein großes Stück vorangekommen. Die vielen Vorschläge und Ideen, Kooperationen und Projekte, die auf den Veranstaltungen entstanden sind und sich in den vorliegenden Entwürfen wiederfinden, belegen dies.

Der Austausch, die Diskussionen und Auseinandersetzungen – sei es im Fachbeirat oder auf den Veranstaltungen – haben dabei weit mehr hervorgebracht als die Summe der über 2.500 Vorschläge. Die beiden Entwürfe für die entwicklungspolitischen Leitlinien und für die konkreteren, ergebnisorientierten Handlungsvorschläge fügen sich zu einer innovativen und kohärenten entwicklungspolitischen Strategie für Baden-Württemberg zusammen. Zwei Aspekte dieser Entwürfe möchte ich an dieser Stelle betonen:

🐾 Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die vor allem anderen vom effizienten und professionellen Engagement der zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Bürgerinnen und Bürger getragen ist. Ihre angemessene Mitsprache ist unverzichtbar. Staatliche Mittel sollen dieses Engagement unterstützen und fördern, nicht ersetzen.

🐾 Es geht uns um eine gemeinsame, kohärente und nachhaltige Entwicklung in einer Welt, die uns immer näher zusammenbringt. Unser heutiges Verhalten ist dabei nicht nur für uns, sondern auch für künftige Generationen entscheidend – ganz gleich, ob wir uns in Baden-Württemberg zum Norden oder in unserem Partnerland Burundi zum Süden zählen. So wird Entwicklungspolitik immer bedeutender. Sie wird zum Kerngeschäft, das zentrale Bereiche der Landespolitik betrifft: globales Lernen, Respekt und partnerschaftliches Miteinander auf Augenhöhe, verantwortungsvolle Forschung, faires Wirtschaften, nachhaltiger Konsum, auch bei der öffentlichen Beschaffung, und vieles mehr. Projekte in Baden-Württemberg werden damit immer wichtiger.



Im Namen der Landesregierung bedanke ich mich für Ihr Engagement und die wichtigen Impulse beim entwicklungspolitischen Dialog. Wir wollen sie aufgreifen, stimmig umsetzen und gemeinsam mit Leben erfüllen.

Peter Friedrich

Peter Friedrich
Minister für Bundesrat, Europa und internationale
Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg

„Die beiden Entwürfe für die entwicklungspolitischen Leitlinien und für die konkreteren, ergebnisorientierten Handlungsvorschläge fügen sich zu einer innovativen und kohärenten entwicklungspolitischen Strategie für Baden-Württemberg zusammen.“



Was ist der Entwicklungspolitische Dialog?

EINE NEUE POLITISCHE KULTUR DES DIALOGS IN DER ENTWICKLUNGSPOLITIK DES LANDES

Am Anfang des Entwicklungspolitischen Dialogs stand das Interesse der neu gewählten Landesregierung, die Entwicklungspolitischen Kompetenzen der Bürger in Baden-Württemberg aktiv in die Gestaltung der Entwicklungspolitik des Landes einzubeziehen. Die neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes sollten nicht wie die Vorgänger-Version in einem engen politischen Zirkel ausgehandelt werden, sondern den entwicklungspolitisch engagierten Menschen und Organisationen in Baden-Württemberg die Möglichkeit bieten, ihre Vorstellungen und Erfahrungen einzubringen. „Eine starke und engagierte Bürgerschaft ist das Markenzeichen der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg. In vielen hundert Initiativen und Partnerschaften engagieren sich Bürgerinnen und Bürger, Schülerinnen und Schüler, Unternehmerinnen und Unternehmer, Studierende und Senioren für eine faire und nachhaltige Entwicklung rund um den Globus. Unsere Initiative „WELT:BÜRGER GEFRAGT!“ setzt auf Ihre Erfahrungen, Ihre Expertise und Ihre Anliegen.

Wir möchten mit diesem Entwicklungspolitischen Dialog ein Forum schaffen, auf dem wir uns vernetzen und austauschen, koordinieren und informieren, uns gegenseitig motivieren, fördern und unterstützen“, warb Minister Peter Friedrich für die Mitarbeit im Dialogprozess. Um die Neutralität des Verfahrens zu gewährleisten, beauftragte die Landesregierung die Evangelische Akademie Bad Boll mit der Organisation und Moderation des Entwicklungspolitischen Dialogs.

„Eine starke und engagierte Bürgerschaft ist das Markenzeichen der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg.“

BETEILIGUNG ALS METHODE

Hauptelemente des Beteiligungsprozesses WELT:BÜRGER GEFRAGT! waren regionale Bürgerkonferenzen und überregionale Themengespräche, bei denen die Teilnehmenden gemeinsam Vorschläge und Ideen für die Weiterentwicklung

der Leitlinien erarbeiteten. Die Evangelische Akademie Bad Boll entwickelte ein Dialogkonzept, das die Teilnehmenden auf den unterschiedlichen Veranstaltungen in einen gemeinsamen Prozess zur Erarbeitung von Vorschlägen für die zukünftigen Entwicklungspolitischen Leitlinien einband. Dazu wurden in Workshops gemeinsame thematische Vorschläge für die neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien erarbeitet. In den überregionalen Themengesprächen wurden spezifische entwicklungspolitische Fragen vertieft. Schließlich hatten die entwicklungspolitisch aktiven Organisationen und Verbände die Möglichkeit, sich über eine Verbändekonferenz und ein schriftliches Anhörungsverfahren in den Prozess einzubringen. Die Website des Dialogs www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt sorgte für Transparenz im Dialogprozess und bot die Möglichkeit, sich über das Webportal oder einen individuellen Fragebogen in den Dialogprozess einzubringen.

„Die Leitfrage des Prozesses war: Was können wir gemeinsam tun?“

SYNERGIEN FREISETZEN

Am Ende des Dialogprozesses sollte keine seitenlange Wunschliste an die Landesregierung stehen. Die Leitfrage des Prozesses war vielmehr: Was können wir gemeinsam tun? Erst in zweiter Linie stellte sich dabei die Frage, wie das

Land die gemeinsamen Anstrengungen unterstützen könnte. Die Vorschläge für die Entwicklungspolitischen Leitlinien spiegeln dies wider. Sie formulieren eine gemeinsame Grundlage für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes, die in einer sehr großen gesellschaftlichen Breite getragen wird. Insgesamt haben in dem Dialogprozess WELT:BÜRGER GEFRAGT! mehr als 1.500 Bürger über 2.500 Vorschläge zur zukünftigen Entwicklungspolitik des Landes erarbeitet. Über die Verbändekonferenz oder schriftliche Stellungnahmen haben sich rund 120 Verbände und Organisationen in den Beteiligungsprozess eingebracht.

„2.500 Vorschläge zur zukünftigen Entwicklungspolitik des Landes“

AUSWERTUNG DER ERGEBNISSE

Zur Auswertung der Ergebnisse hat die Landesregierung einen Fachbeirat Entwicklungspolitischer Experten berufen. Dieser Fachbeirat stellte aus den Ergebnissen des Entwicklungspolitischen Dialogs einen Entwurf für die neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes zusammen, der in dieser Broschüre abgedruckt ist (Seite 12-25). Darüber hinaus hat der Fachbeirat aus den Vorschlägen der Bürger und Organisationen ein zweites Dokument mit aktuellen Handlungsvorschlägen zusammengestellt, die kontinuierlich im



Dialog zwischen dem Landtag, der Landesregierung und den unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteuren im Land weiter entwickelt werden sollen. Dieses Dokument finden Sie auf der Website des Entwicklungspolitischen Dialogs.

ENTWICKLUNGSPOLITIK MIT EINER BREITEN GESELLSCHAFTLICHEN BASIS

Auf den Veranstaltungen des Entwicklungspolitischen Dialogs wählten die Teilnehmenden jeweils Delegierte. Diese trafen am 7. Juli 2012 in Karlsruhe mit den Vertretern des Fachbeirats zusammen, um die Vorschläge des Beirats zu diskutieren. So konnten diejenigen, die im Verlauf des Prozesses Ideen und Vorschläge erarbeitet hatten, noch einmal überprüfen, ob ihre Anliegen in die Leitlinien und Handlungsvorschläge eingearbeitet wurden. Die Delegierten und der Fachbeirat verabschiedeten schließlich einvernehmlich mit einigen Änderungen die Entwürfe für die Leitlinien und die Handlungsvorschläge.

„Mit diesem Vorschlag soll die gute Tradition des gemeinsamen entwicklungspolitischen Engagements in Baden-Württemberg über Parteigrenzen hinweg weitergeführt und ausgebaut werden.“

Am 18. September 2012 wurden die erarbeiteten Dokumente auf der Abschlussveranstaltung des Entwicklungspolitischen Dialogs im Landtag von Baden-Württemberg offiziell an die Landesregierung und den Landtag übergeben, verbunden mit der Hoffnung, dass mit diesem Vorschlag für neue entwicklungspolitische Leitlinien die gute Tradition des gemeinsamen entwicklungspolitischen Engagements in Baden-Württemberg über Parteigrenzen hinweg weitergeführt und ausgebaut werden kann.

Website des Dialogprozesses:

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt

Eindrücke von den Veranstaltungen des Entwicklungspolitischen Dialogs

MÄRZ 2012:

Verbändekonferenz in Stuttgart

„Die gemeinsamen Bemühungen zu vernetzen ist ein großer Gewinn.“

Anfangen hat alles unter Kristalleuchtern. Im Marmorsaal des Neuen Schlosses in Stuttgart fand am 27. März 2012 eine Konferenz mit den entwicklungspolitisch aktiven Verbänden als erste Veranstaltung des Entwicklungspolitischen Dialogs statt. Rund 90 Verbandsvertreter kamen zusammen, um gemeinsam über die Zukunft der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg zu diskutieren. Insgesamt haben sich im

Laufe des Prozesses rund 120 Verbände mit eigenen Vorschlägen eingebracht. Schon bei der ersten Veranstaltung zeigte sich, was zu einem Merkmal des gesamten Prozesses werden sollte: das große Interesse an einer engeren Verknüpfung der eigenen Arbeit mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren. Die Wirtschaftsverbände verwiesen auf die vielen Projekte aus Industrie und Handwerk in den Entwicklungsländern, die oft wenig bekannt seien. Hier wäre eine organisierte Vernetzung notwendig. Die Vertreter der islamischen Glaubensgemeinschaften schlugen konkrete Vernetzungen mit den kirchlichen Akteuren in internationalen Projekten vor, die Kirchen wiederum zeigten sich offen für diesen Vorschlag. „Die gemeinsamen Bemühungen zu vernetzen ist ein großer Gewinn.“ (Landesbischof Dr. Ulrich Fischer)



APRIL 2012:
 Auftaktkonferenz auf der Messe FAIR HANDELN
 Themengespräch Migration in Ludwigsburg
 Bürgerkonferenz in Freiburg
 Themengespräch Zivilgesellschaft in Stuttgart

„Das Zauberwort heißt Respekt vor dem Anderen.“

Am 14. April 2012 fand die öffentliche Auftaktveranstaltung des Entwicklungspolitischen Dialogs WELT:BÜRGER GEFRAGT! mit mehr als 350 Teilnehmenden im Rahmen der Messe FAIR HANDELN in Stuttgart statt. Zur Eröffnung führten Musiker und Tänzer des Hope Theatre Nairobi, einer Theatergruppe von Jugendlichen aus der kenianischen Hauptstadt, traditionelle Tänze auf, mit denen sie den Reichtum ostafrikanischer Musik und Kultur vorstellen wollten. Die Bedeutung der Kultur für den Dialog zwischen den Menschen in den unterschiedlichen Ländern der Welt spielte bei der Frage der zukünftigen Entwicklungsarbeit immer wieder eine große Rolle. Um es mit den Worten des künstlerischen Leiters des Kenya Art Projects, Stephan Bruckmeier, zu sagen: „Das Zauberwort heißt Respekt vor dem Anderen.“

In der Diskussion mit Minister Peter Friedrich und Dr. Erhard Eppler forderte Prof. Dr. Elísio Macamo vom Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel von den Europäern mehr globale Mitverantwortung: „Die Leitfrage ist, wie beeinträchtigt mein Handeln die Lebensbedingungen von Menschen an anderen Orten der Welt?“ Danach machten sich die Teilnehmenden zum ersten Mal im Prozess gemeinsam daran, in verschiedenen Workshops Vorschläge für die neuen Leitlinien zu erarbeiten.

„Wie beeinträchtigt mein Handeln die Lebensbedingungen von Menschen an anderen Orten der Welt?“

Am 20. April fand trafen sich in Ludwigsburg Experten und Bürger zum Themengespräch Migration. Die Frage, wie die Kompetenzen der Migranten und der Diasporagemeinschaften besser in die Entwicklungsarbeit im Land einbezogen werden könnten, entwickelte sich zu einem bestimmenden Thema des Entwicklungspolitischen Dialogs. Am Ende steht als eine zentrale Forderung im Leitlinienentwurf: „In der Entwicklungspolitik des Landes gilt es zu ermöglichen, dass Migranten ihre internationalen Kompetenzen verstärkt einbringen und dass sie die Entwicklungspolitik mit ihren Fähigkeiten und Kenntnissen aus ihren Heimatländern aktiver mitgestalten können.“

Bei der Bürgerkonferenz in Freiburg am 27. April und dem Themengespräch Zivilgesellschaft am darauffolgenden Tag in Stuttgart war ein Schwerpunkt die Frage, wie das Land Baden-Württemberg die entwicklungspolitische Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen zukünftig besser fördern könne. Die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, machte dabei die Erwartungen der neuen Landesregierung an einen neuen Politikstil deutlich: „Es geht um einen tiefgreifenden Kulturwandel, der alle Politikfelder umfasst.“

MAI 2012:
 Bürgerkonferenz in Ulm
 Themengespräch Nord-Süd-Partnerschaften im Landtag
 Bürgerkonferenz in Tübingen

„Wie können wir Entwicklungspartnerschaften so gestalten, dass sie in der Zivilgesellschaft verankert sind?“

Bei der Bürgerkonferenz in Ulm spielten die Fragen einer gerechten Wirtschaft eine zentrale Rolle. Der Workshop zum Themenbereich Wirtschaft entwickelte gleich ein umfassendes Konzept für eine Kampagne, mit der der Faire Handel „aus seiner Nische“ geholt werden sollte. Baden-Württemberg

müsse zum Vorbild für Faire Beschaffung werden. In Tübingen hingegen wurde heftig über die Auswirkungen der Entwicklungspolitik diskutiert. Die Entwicklungsprojekte seien häufig in Staaten angesiedelt, die keine demokratische, rechtsstaatliche Regierung hätten. Wie kann in solchen Situationen Entwicklungszusammenarbeit so organisiert werden, dass nicht eine undemokratische Regierung davon profitiert? Dieselbe Frage spielte auch beim Themengespräch Nord-Süd eine zentrale Rolle. Wie können Entwicklungspartnerschaften so gestaltet werden, dass sie in der Zivilgesellschaft verankert sind und nicht von wechselnden politischen Verhältnissen abhängen? Gleichzeitig wurde beim Themengespräch, das aufgrund des großen Interesses in das Plenum des Landtags verlegt wurde, diskutiert, wie die Partnerschaft mit Burundi so ausgebaut werden kann, dass auch andere Entwicklungspartnerschaften im Land davon profitieren.

JUNI 2012:
 Bürgerkonferenz in Konstanz
 Bürgerkonferenz im Mannheim
 Themengespräch Wirtschaft in Bad Boll
 Themengespräch Globales Lernen in Reutlingen
 Themengespräch Hochschule und Wissenschaft in Freiburg



„Entwicklungspolitik braucht Brücken zwischen den Menschen.“

„Das Theater baut Brücken zwischen den Menschen“, erklärte Chris Nditani, Managing Director der Theatergruppe Nanzikambe Arts aus Malawi, die zusammen mit dem Theater der Stadt Konstanz die Bürgerkonferenz in Konstanz mit kritischen Spielszenen zur Entwicklungspolitik eröffnete, „und Entwicklungspolitik braucht solche Brücken“. „Uns trennt nicht die Kultur, sondern das Geld“, ergänzte sein Kollege Dr. Thomas Spiekermann, Chefdramaturg des Theaters der Stadt Konstanz. Die Möglichkeiten zur persönlichen Begegnung und zur Zusammenarbeit über Grenzen hinweg spielten auch bei der Bürgerkonferenz in Mannheim eine große Rolle. Zum einen bei der Forderung nach einer besseren Unterstützung von Austauschprogrammen, zum anderen im Hinblick auf die Bedeutung der Kommunen für die örtliche Verankerung der Entwicklungszusammenarbeit. „Die Fragen, die uns in der Entwicklungszusammenarbeit bewegen, sind Fragen, die wir auch vor Ort lösen müssen“, erklärte Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz zur Begründung, warum sich Mannheim so stark in der Entwicklungszusammenarbeit engagiere. Er nannte als Beispiel den Klimawandel. „Dieses Problem wird auf kommunaler Ebene gelöst oder es wird nicht gelöst.“

In den Themengesprächen Wirtschaft, Globales Lernen und zum Themenbereich Hochschule und Wissenschaft lag ein

Schwerpunkt auf den Fragen der entwicklungspolitischen Nachhaltigkeit. „Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist nachhaltiger als Hilfe“, warb Heiner Wiemer, Unternehmensberater aus Buenos Aires, beim Themengespräch Wirtschaft in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Im Bildungsbereich betonte Dr. Margret Ruep vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, das Globale Lernen mache besonders deutlich, dass entwicklungspolitisches Handeln bei jedem Einzelnen beginne. Im Themengespräch Hochschule und Wissenschaft wurde deutlich, wie sehr Baden-Württemberg als international vernetztes Land von einer besseren globalen Zusammenarbeit profitiert.

- JULI 2012:**
- Themengespräch Eine Welt in der Schule in Stuttgart**
- Redaktionsprozess im Fachbeirat**
- Delegiertenkonferenz in Karlsruhe**

„Ist die Erde noch zu retten? Ja, aber es wird langsam eng!“

Den Abschluss der öffentlichen Veranstaltungen bildete das Themengespräch „Eine Welt in der Schule“ am 2.7.2012 im Wagenburg-Gymnasium in Stuttgart. Die Zukunftsfragen waren hier ein großes Thema. „Ist unsere Erde überhaupt

noch zu retten?“ fragten die Schülerinnen und Schüler, und Achim Beule, Beauftragter für Nachhaltige Entwicklung im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes, machte die Dringlichkeit einer nachhaltigeren weltweiten Politik deutlich: „Ja, aber es wird langsam eng!“

Im Anschluss an die letzte Veranstaltung machte sich der Fachbeirat an die Aufgabe, die rund 2.500 Vorschläge für die zukünftige Entwicklungspolitik des Landes zusammenzufassen. Aufgrund des sehr unterschiedlichen Charakters der vielfältigen Ideen und Anregungen entschied der Fachbeirat, zwei unterschiedliche Dokumente zu erstellen. Zum einen den Vorschlag für neue Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes, zum anderen aktuelle Handlungsvorschläge. Diese Handlungsvorschläge finden Sie auf der Website des entwicklungspolitischen Dialogs. Sie sind hier nicht abgedruckt, weil sie nach der Vorstellung des Fachbeirats auf einer jährlich stattfindenden entwicklungspolitischen Konferenz des Landes kontinuierlich weiter entwickelt werden sollen.

Am 7. Juli 2012 diskutierten die Delegierten, die bei den Bürgerkonferenzen und Themengesprächen gewählt worden waren, in Karlsruhe die Vorschläge des Fachbeirats und verabschiedeten sie einvernehmlich mit einigen Änderungsvorschlägen.

UND NUN? – DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHE DIALOG IST EIGENTLICH NUR DER AUFTAKT ZU EINER ANDEREN ENTWICKLUNGSPOLITIK DES LANDES

„Jetzt liegt es an der Landesregierung und dem Landtag, die positive Dynamik aufzugreifen und in politische Maßnahmen umzusetzen.“

Am Ende des Beteiligungsprozesses sind zwei Beobachtungen festzuhalten. Zum einen hat der Prozess schon allein dadurch, dass er die unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteure zusammen gebracht hat, eine Fülle von neuen Ideen und Synergien frei gesetzt. Es war beeindruckend, welche vielfältigen Kompetenzen in diesen Prozess eingebracht wurden. In der Dokumentation der Veranstaltungen sind unglaublich viele Ideen und Initiativen festgehalten, die es wert sind, weiter verfolgt zu werden. Zum anderen hat dieser Prozess natürlich Erwartungen geweckt, insbesondere bei den Menschen, die sich – zum Teil seit Jahrzehnten – mit großem persönlichem Einsatz in Baden-Württemberg entwicklungspolitisch engagieren. Jetzt liegt es an der Landesregierung und dem Landtag, die positive Dynamik, die der entwicklungspolitische Dialog **WELT:BÜRGER GEFRAGT!** freigesetzt hat, aufzugreifen und in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen. Wer die Bürger fragt, muss anschließend auch Antworten geben!



WELT:BÜRGER GEFRAGT!

Vorschlag für neue Entwicklungs- politische Leitlinien des Landes Baden-Württemberg

EINLEITUNG

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat im ersten Halbjahr 2012 einen Dialogprozess zur Erarbeitung neuer Entwicklungspolitischer Leitlinien durchgeführt. In den Veranstaltungen und über die Fragebögen dieses Entwicklungspolitischen Dialogs unter dem Motto **WELT:BÜRGER GEFRAGT!** haben mehr als 1500 Bürger über 2500 Vorschläge zur zukünftigen Entwicklungspolitik des Landes erarbeitet. Darüber hinaus haben sich über die Verbändekonferenz oder schriftliche Stellungnahmen rund 120 Verbände und Organisationen in den Beteiligungsprozess eingebracht. Ein von der Landesregierung berufener Fachbeirat hat diese Vorschläge ausgewertet und in übergeordnete Leitlinien und konkrete Handlungsvorschläge zusammengefasst. Die Leitlinien sollen die Richtlinien der Politik bestimmen, bei den

Handlungsvorschlägen handelt es sich um konkrete Empfehlungen für die Umsetzung. Diese Handlungsvorschläge sollen in den kommenden Jahren unter Beteiligung der Bürger kontinuierlich fortgeschrieben werden und ihre Umsetzung jährlich überprüft werden. Die Handlungsvorschläge, die der Fachbeirat zum jetzigen Zeitpunkt nicht aufgegriffen hat, verbleiben in einem „Themenspeicher“, der in den kommenden Jahren für die Weiterentwicklung der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg herangezogen werden soll.

Der Dialogprozess wurde von der Evangelischen Akademie Bad Boll organisiert und moderiert. Die ausführliche Dokumentation finden Sie unter www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt.

Die Leitlinien und Handlungsvorschläge, die der Fachbeirat aus den Vorschlägen des Dialogprozesses erarbeitet hat, wurden am 7. Juli 2012 mit den Delegierten der Bürgerkonferenzen und Themengespräche des Entwicklungspolitischen Dialogs **WELT:BÜRGER GEFRAGT!** überarbeitet und von den Delegierten mit einigen Änderungsvorschlägen einvernehmlich per Akklamation verabschiedet. Die überarbeiteten Dokumente wurden am 18. September 2012 der Landesregierung und dem Landtag von Baden-Württemberg für die Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes überreicht.

Die Leitlinien sollen die Richtlinien der Politik bestimmen.

1. GRUNDSÄTZE DER ENTWICKLUNGSPOLITIK DES LANDES

1.1. GLOBALE VERANTWORTUNG IN EINEM WELTOFFENEN LAND

Baden-Württemberg ist ein weltoffenes und innovatives Land. Es ist sehr stark international vernetzt, zum einen durch die Menschen aus vielen verschiedenen Ländern, die in Baden-Württemberg leben, zum anderen durch die vielfältigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen in andere Länder. Es ist ein Land, in dem das

bürgerschaftliche Engagement eine besondere Rolle spielt – auch in der Entwicklungspolitik. Das gemeinsame Engagement für die „Eine Welt“ hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition.

Entwicklungspolitische Verantwortung wahrzunehmen ist ein wesentliches Element einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Landespolitik. Entwicklungspolitik ist deshalb in Baden-Württemberg mehr als eine freiwillige Landesaufgabe und liegt im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten. Eine Entwicklungspolitik, die ökologische, soziale und wirtschaftliche Tragfähigkeit mit kultureller Selbstbestimmung, gewaltfreier Konfliktkultur und demokratischer Partizipation verknüpft, ist eine Zukunftsinvestition, die den Menschen in Baden-Württemberg ebenso zugutekommt wie den weltweiten Partnern.

Entwicklungspolitik ist in Baden-Württemberg mehr als eine freiwillige Landesaufgabe.

1.2 UNSER VERSTÄNDNIS VON ENTWICKLUNGSPOLITIK

Unsere Lebensweise und das globale Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren Ressourcenverbrauch, rasantem Klimawandel und



ungerechten Welthandelsstrukturen. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich und bedrohen die Lebensgrundlage vor allem in ärmeren Regionen der Welt. Gleichzeitig verschieben sich durch die wirtschaftliche und politische Dynamik eines Teils der Entwicklungsländer die globalen Rahmenbedingungen und Strukturen.

Vor diesem Hintergrund kommt dem entwicklungspolitischen Engagement des Landes wachsende Bedeutung zu. Entwicklungspolitik bedeutet heute, weltweit die gemeinsame Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft wahrzunehmen. Das erfordert sowohl politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die sich an dieser Verantwortung orientieren, als auch ein entsprechendes individuelles Verhalten. Dazu gehört, alles zu unterlassen, was entwicklungsschädlich ist, und sich aktiv gegen Menschenrechtsverletzungen, kriegerische Gewalt und wirtschaftliche Notlagen einzusetzen.

Grundlage der Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg sind die Grundsätze und Ziele der internationalen Zusammenarbeit, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen (besonders Art. 55), den Millenniums-Entwicklungszielen und den Abschlusserklärungen der UN-Nachhaltigkeitskonferenzen in Rio de Janeiro 1992 und 2012 niedergelegt sind. Baden-Württemberg bekennt sich zu dieser internationalen Verantwortung.

Unsere Lebensweise und das globale Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen.

1.3 DAS ENGAGEMENT UND DIE BETEILIGUNG DER BÜRGER STÄRKEN

Der Dialogprozess WELT:BÜRGER GEFRAGT! hat deutlich gemacht: Das besondere Kennzeichen der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg ist die Vielfalt der Akteure und das breite bürgerschaftliche Engagement. Weit über tausend Initiativen und Organisationen sind in Baden-Württemberg entwicklungspolitisch aktiv: Weltläden und Partnerschaftsgruppen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Migrantenorganisationen, Diasporagemeinschaften und Kultureinrichtungen, Kommunen, Schulen und Universitäten, Gewerkschaften und Unternehmen, Vereine, Verbände und Stiftungen. In ganz unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen engagieren sich in Baden-Württemberg Menschen haupt- und ehrenamtlich für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit und eine weltweit nachhaltige Entwicklung.

Viele der zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen haben sich im Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) zum entwicklungspolitischen Landesnetzwerk zusammengeschlossen.

In den beiden (Erz-)Diözesen Freiburg und Rottenburg-Stuttgart und in den beiden Evangelischen Landeskirchen in Baden-Württemberg bilden die Entwicklungsdienste und die Zusammenarbeit mit kirchlichen Partnern in Entwicklungsländern seit vielen Jahren einen besonderen Schwerpunkt des gesellschaftsorientierten Wirkens. Mit Kirchensteuer- und Spendenmitteln fördern sie in erheblichem Umfang Projekte in Entwicklungsländern, Austausch- und Begegnungsprogramme sowie die entwicklungspolitische Bildungsarbeit.

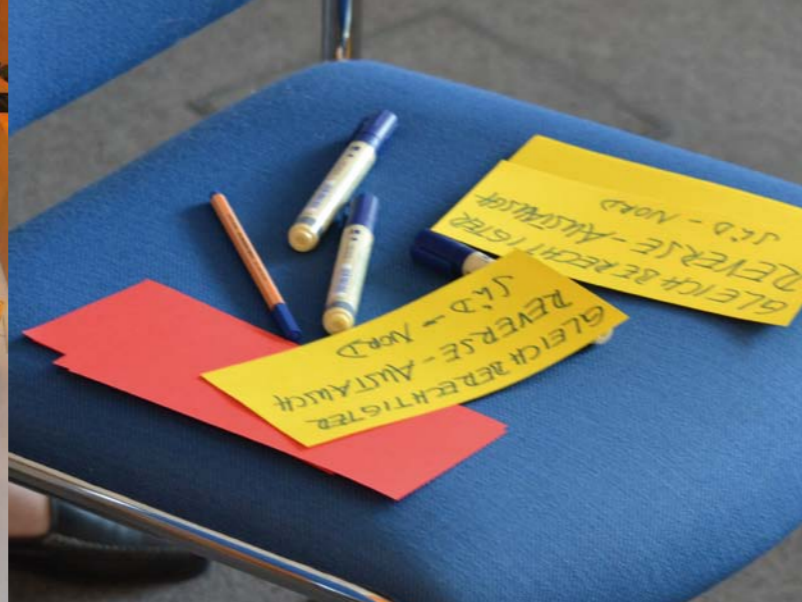
Das besondere Kennzeichen der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg ist das breite bürgerschaftliche Engagement.

Die vom Land errichtete gemeinnützige Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) verfolgt den Zweck, private, kommunale und regionale Initiativen zur Verbesserung und Vertiefung der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern und das entwicklungspolitische Bewusstsein der Bürger in Baden-Württemberg zu stärken.

Die gemeinnützige Baden-Württemberg Stiftung hat eine wichtige Aufgabe in der Förderung der weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Beide Stiftungen unterstützen die gemeinsamen Bestrebungen, die Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern und zu vertiefen sowie die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Baden-Württemberg zu stärken.

Der Dialogprozess WELT:BÜRGER GEFRAGT! ist beispielhaft für eine aktive Bürgerbeteiligung, weil es gelungen ist, die entwicklungspolitisch engagierten Bürger, Verbände und Organisationen in die Neuakzentuierung der Entwicklungspolitik des Landes umfassend einzubeziehen. Über den Fachbeirat des Entwicklungspolitischen Dialogs konnten wichtige entwicklungspolitische Akteure im Land wie die Kirchen und die Kommunen, der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB), die Stiftung Entwicklung-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), das Forum der Kulturen und die in Baden-Württemberg tätigen Entwicklungsgesellschaften des Bundes (Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH GIZ und Engagement Global GmbH) den Entwicklungspolitischen Dialog aktiv mitgestalten. Vor dem Hintergrund dieser positiven Erfahrungen sollen die unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteure künftig an der Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und dem Monitoring der Entwicklungspolitik des Landes angemessen und kontinuierlich beteiligt werden.

Beim entwicklungspolitischen Engagement des Landes gilt das Subsidiaritätsprinzip. Eine zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik des Landes besteht deshalb darin, bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Strukturen zu unterstützen sowie die Vernetzung und Qualifizierung der unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteure zu fördern. Der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.



*Der Dialogprozess WELT:BÜRGER
GEFRAGT! ist beispielhaft für eine
aktive Bürgerbeteiligung.*

Ziel der Landesregierung ist eine Gesellschaft der kooperativen Vielfalt, die eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig von ihrer jeweiligen geographischen, sozialen oder ethnischen Herkunft ermöglicht. Dazu besteht jedoch konkreter Handlungsbedarf. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, die positiven Wirkungen einer Vernetzung von Entwicklung und Migration gewinnbringend zu nutzen: für die Stärkung der Entwicklungspolitik, die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz sowie für die Förderung der Integration. Damit rücken die Fähigkeiten der Migrantenorganisationen und Diasporagemeinschaften in den Vordergrund, neue Brücken zu bauen und neue Zugänge zu ermöglichen.

*Migranten sollen ihre internationalen
Kompetenzen verstärkt einbringen
und die Entwicklungspolitik aktiver
mitgestalten können.*

**1.5 ENTWICKLUNGSPOLITIK IST EINE
QUERSCHNITTAUFGABE DER LANDESPOLITIK**

Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern des Landes. Viele politische Maßnahmen in Baden-Württemberg, die zu den Kernaufgaben der Fachministerien gehören, haben entwicklungspolitische Auswirkungen: die Gestaltung der Bildungspläne, die Internationali-

sierungsstrategien der Hochschulen, die Energiewende und die Nachhaltigkeitsstrategie, die Integrationspolitik und der interkulturelle Dialog, die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in Baden-Württemberg, die öffentliche Beschaffung und Außenwirtschaftsförderung, die Verbraucherpolitik und die Förderung von Bürgerengagement, die Personalentwicklung der Landesbediensteten etc.. Um diese ressortübergreifende Querschnittsaufgabe angemessen wahrzunehmen, ist eine kohärente entwicklungspolitische Koordination des gesamten Regierungshandelns durch das Staatsministerium notwendig. Nur so können die globalen Folgen regionalen Handelns angemessen und rechtzeitig berücksichtigt werden und Fehlentwicklungen von vornherein vermieden werden. Bei allen Maßnahmen des Landes müssen ihre möglichen entwicklungspolitischen Auswirkungen von vornherein berücksichtigt werden.

Die Ausweitung der entwicklungspolitischen und interkulturellen Kompetenzen der Bediensteten ist deshalb für die Landesverwaltung von besonderer Bedeutung. Ähnlich wie in der Förderung der „Europafähigkeit“ braucht das Land eine Personalentwicklung, die entwicklungspolitische Anliegen berücksichtigt, etwa über Auslandsverwendungen, Austausch und Fortbildungen und die stärkere Einbeziehung der Kompetenzen von Migranten in der Landesverwaltung.

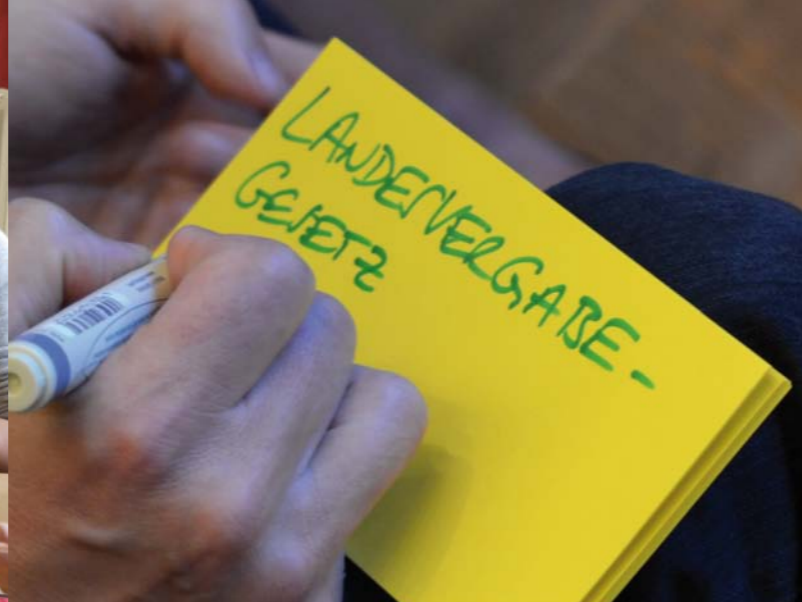
*Bei allen Maßnahmen des Landes
müssen ihre möglichen entwicklungs-
politischen Auswirkungen von
vornherein berücksichtigt werden.*

**1.6 ENTWICKLUNGSPOLITIK BRAUCHT VERLÄSSLICHE
RAHMENBEDINGUNGEN**

Das entwicklungspolitische Engagement in Baden-Württemberg braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Das Land Baden-Württemberg als eine der reichsten Regionen der Erde wird seinen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leisten.

Das Land weist dazu einen eigenständigen Haushaltstitel für das entwicklungspolitische Engagement im In- und Ausland aus, welcher der stetig wachsenden Bedeutung der Entwicklungspolitik gerecht wird. Entsprechend der Zielvorgabe des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen soll dabei ein angemessener Anteil für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit von Nichtregierungsorganisationen bereitgestellt werden.

Zu den verlässlichen Rahmenbedingungen gehören eine klar definierte entwicklungspolitische Zuständigkeit und eine angemessen ausgestattete Koordinierungsstelle im Staats-



ministerium, die neben den Ressorts auch den Bürgern, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Kommunen und dem Landtag als direkter und kompetenter Ansprechpartner auf Seiten der Regierung zur Verfügung steht.

Im Landtag von Baden-Württemberg gibt es eine gute Tradition des gemeinsamen entwicklungspolitischen Engagements über Parteigrenzen hinweg, das weitergeführt und ausgebaut werden soll.

Hier gibt es eine gute Tradition des gemeinsamen entwicklungspolitischen Engagements über Parteigrenzen hinweg, das weitergeführt und ausgebaut werden soll.

1.7 STAATLICHES ENGAGEMENT EFFIZIENT KOORDINIEREN

Staatliche Entwicklungspolitik geschieht in Kooperation und Aufgabenteilung zwischen den internationalen Organisationen, der Europäischen Union, dem Bund, den Ländern und den Kommunen. Dabei ist entscheidend, dass die unterschiedlichen Akteure pragmatisch und effizient zusammenarbeiten, Doppelstrukturen vermeiden und sich auf ihre spezifischen Stärken konzentrieren. Der Grundsatz der Subsidiarität gegenüber dem Engagement der Bürger und der Zivilgesellschaft ist zu beachten.

In Deutschland haben sich die Bundesländer am 24. Oktober 2008 auf gemeinsame Leitlinien zur Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für die Entwicklungspolitik verständigt. Darin werden Kernkompetenzen für das entwicklungspolitische Engagement der Länder benannt. Aus der Sicht Baden-Württembergs liegen die besonderen Kompetenzen des Landes in der entwicklungspolitischen Bildung, Forschung und Wissenschaft, in der Gestaltung ökologischer Nachhaltigkeit, in einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung mit enger weltweiter Zusammenarbeit und in Fragen der Migration und des kulturellen Dialogs. Die Handlungsfelder der Leitlinien entwickeln diesen Beschluss für das Land Baden-Württemberg fort.

Das entwicklungspolitische Engagement der baden-württembergischen Kommunen ist unverzichtbar. Zum einen sind viele Städte, Gemeinden und Landkreise selbst in Partnerschaften oder entwicklungspolitischen Projekten aktiv. Zum anderen unterstützen sie innerhalb der Kommunen und Landkreise die entwicklungspolitischen Aktivitäten in vielfältiger Weise. Dieses Engagement soll ausgebaut und erweitert werden.

Die Regionalstellen der entwicklungspolitischen Bundesgesellschaften (Engagement Global und Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH GIZ) bringen ihre im internationalen Kontext erworbenen Kompetenzen bedarfsgerecht in die Landesentwicklungspolitik ein. Gemeinsam mit den anderen entwicklungspolitischen Akteuren im Land

gestalten sie das entwicklungspolitische Engagement in Baden-Württemberg mit.

Das entwicklungspolitische Engagement der baden-württembergischen Kommunen ist unverzichtbar.

2. HANDLUNGSFELDER

2.1 GLOBALES LERNEN INNERHALB UND AUSSERHALB DER SCHULE FÖRDERN

Globales Lernen ist angesichts der zunehmenden internationalen Vernetzung aller Gesellschaftsbereiche für die zukünftige Entwicklung von Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung. Dabei gehören die Orientierung für das eigene Leben in einer immer komplexer werdenden Welt und die Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Weltgesellschaft untrennbar zusammen. Globales Lernen ist als elementarer Bestandteil der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ eine Kernaufgabe des Landes.

Globales Lernen bezieht alle Altersgruppen ein und findet in der formalen Bildung (Kindergarten, Schulen, Hochschulen, berufliche Bildung usw.) und im informellen Bereich (Vereine, Verbände, Parteien, Kirchen, Jugend- und Erwachsenenbildung usw.) statt. Diese Arbeit soll ausgebaut

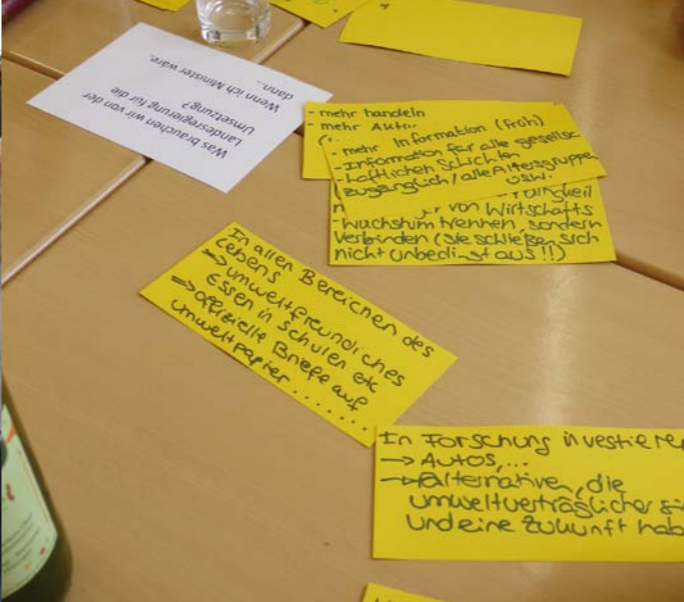
und gefördert werden. Dazu gehören die Verankerung in Bildungsplänen, Schulprofilen und Lehrmitteln sowie in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, aber auch die regelmäßige Beratung und Unterstützung von Lehrkräften und Multiplikatoren der Zivilgesellschaft. Globales Lernen in Schulpartnerschaften soll gefördert werden wie auch die Zusammenarbeit der Schulen mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren.

Jede Lernmethode benötigt authentisches Leben als Erfahrungshintergrund. Rückkehrer und Migranten aus Entwicklungsländern, die in Baden-Württemberg leben, sollen deshalb mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen systematisch an Programmen des Globalen Lernens beteiligt werden, z. B. durch die Qualifizierung und Vermittlung als Referenten an Schulen und außerschulische Bildungsorte.

Orientierung für das eigene Leben in einer immer komplexer werdenden Welt und die Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung der Weltgesellschaft gehören untrennbar zusammen.

2.2 DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN KOMPETENZEN IN FORSCHUNG UND LEHRE AUSBAUEN

Viele Hochschulen in Baden-Württemberg leisten einen



wichtigen entwicklungspolitischen Beitrag durch ihre entwicklungsbezogene Forschungs- und Lehrtätigkeit, ihre Partnerbeziehungen mit Hochschulen in Entwicklungsländern und die Ausbildung von Studierenden aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg. Diese Arbeit soll im Rahmen der strategischen Planung und der Internationalisierungsstrategien der Hochschulen ausgebaut werden. Wichtige Elemente sind dabei die Internationalisierung des Lehrangebots und der Lehrinhalte, der Ausbau von entwicklungsbezogenen Fach- und Regionalkompetenzen, die verstärkte Bildung von Netzwerken im Bereich der entwicklungsbezogenen Forschung und der Ausbau des Wissenstransfers speziell in technischen Studiengängen.

Die Hochschulpartnerschaften mit Entwicklungsländern sollen gezielt ausgebaut werden. Mit dem Studium von Studierenden aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg und von baden-württembergischen Studierenden an Hochschulen in Entwicklungsländern haben die Hochschulen eine wichtige Brücken- und Multiplikatorenfunktion, die auch in Zukunft durch das Land gefördert werden soll.

Die Ausbildung junger Menschen aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg ist eine Investition in die Zukunft. Die Studierenden aus Entwicklungsländern sind wichtige künftige Akteure bei der Gestaltung von Entwicklungsprozessen in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft. Erfolgreiche Absolventen sind

Bindeglieder, nicht nur in der Entwicklungspolitik, sondern auch z. B. für die Investitionen deutscher Firmen in den Herkunftsländern der Migranten. Die Situation der Studierenden aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg soll durch den Abbau bürokratischer Hürden, eine stärkere Einbeziehung in die Förderprogramme des Landes und den Ausbau von Studienbegleitprogrammen verbessert werden.

Die Situation der Studierenden aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg soll verbessert werden.

2.3 GLEICHBERECHTIGTE PARTNERSCHAFTEN GESTALTEN

Die Vielfalt der entwicklungspolitischen Partnerschaftsbeziehungen ist eine wesentliche Ressource für die Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg. Partnerschaftsbeziehungen haben eine doppelte Wirkung: Sowohl die Menschen im Partnerland als auch die Menschen in Baden-Württemberg profitieren vom Austausch und den Begegnungen, der gegenseitigen Verantwortung und der Motivation, die sich in jeder Partnerschaft ergeben. Voraussetzung ist, dass die Partnerschaften auf Augenhöhe und unter Wahrung der beiderseitigen Interessen und Bedürfnisse gestaltet werden. Entwicklungsansätze, die von den Partnern in den Entwicklungsländern eingebracht werden, verdienen besondere Aufmerksamkeit. Zur nachhaltigen Wirkung von

Partnerschaften gehört, sich mit den Ursachen von Ungleichgewichten auf beiden Seiten auseinander zu setzen und sich gemeinsam gegen Unrecht einzusetzen. Die Einhaltung der Menschenrechte, die Verbesserung der Chancengleichheit für Frauen, der verantwortungsvolle Umgang mit den global zur Verfügung stehenden Ressourcen und die Förderung der Demokratie stellen in der Partnerschaftsarbeit besondere Herausforderungen dar.

Das Land begrüßt und unterstützt die Vielfalt und die Vernetzung der Partnerschaften unterschiedlicher Akteure wie Kommunen, Schulen, lokale Initiativen und Kirchen mit vielen unterschiedlichen Partnerländern und -regionen.

In diesem Rahmen soll die Partnerschaft Baden-Württemberg mit Burundi ausgebaut werden. Dazu soll ein Partnerschaftsabkommen mit Burundi ausgehandelt werden. Die Partnerschaft soll in beiden Ländern durch ein breites gesellschaftliches Engagement getragen werden. Ziel ist eine gleichberechtigte Partnerschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, welche den Interessen der Menschen in beiden Ländern gerecht wird, die Demokratie stärkt und für die Beachtung der Menschenrechte eintritt. In die Gestaltung der Partnerschaft mit Burundi sollen die Erfahrungen und Kompetenzen aus der vielfältigen Partnerschaftsarbeit in Baden-Württemberg einfließen. Umgekehrt soll die Unterstützung des Landes für die Partnerschaft mit Burundi auch anderen Partnerschaften zugutekommen.

Das Land unterstützt die Vielfalt der Partnerschaften unterschiedlicher Akteure. In diesem Rahmen soll die Partnerschaft mit Burundi ausgebaut werden.

2.4 DEN INTERKULTURELLEN DIALOG UND KULTURAUUSTAUSCH FÖRDERN

Ein differenziertes und realitätsnahes gegenseitiges Bild der Partner ist entscheidend für eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit. Interkulturelle Kompetenzen sind die Grundlage für unser Zusammenleben in Baden-Württemberg, für unsere entwicklungspolitische Orientierung ebenso wie für faire Chancen in den Entwicklungsländern, insbesondere auf eine wirtschaftliche Entwicklung.

Kunst und Kultur sollen in die Entwicklungspolitik einbezogen werden. Sie sind ein bedeutendes Element der Zivilgesellschaft, nicht nur als Ort der Begegnung von Menschen, sondern auch als Ort des Austauschs von Themen, Emotionen und Geschichten. Kunst, Theater und Musik sind bewährte Wege, um abstrakte entwicklungspolitische Themen lebendig zu vermitteln.

Der Kulturbereich ist ein wichtiges Forum für einen respektvollen Austausch auf Augenhöhe. Medien und Öffentlichkeitsarbeit sollen dazu angeregt werden, Globales Lernen zu unterstützen und für Entwicklungspolitik zu interessieren,



Chancen aufzuzeigen und dazu beizutragen, Klischees und Vorurteile auf allen Seiten abzubauen. Die öffentlich-rechtlichen Medien und die Kultureinrichtungen des Landes wie Museen und Theater haben hierbei eine besondere Verantwortung. Das Land unterstützt Initiativen und Netzwerke, die dazu beitragen, den interkulturellen Dialog zu fördern.

Kunst und Kultur sollen in die Entwicklungspolitik einbezogen werden.

2.5 NACHHALTIGEN KONSUM, VERANTWORTLICHE BESCHAFFUNG UND FAIREN HANDEL VORANTREIBEN

Nachhaltiges Konsumverhalten ist ein entscheidendes Element, um nachhaltige Entwicklung zu fördern. Nachhaltige Produkte sind ökologisch und möglichst regional erzeugt und fair gehandelt. Bei ihrer Herstellung werden die Menschenrechte und internationale Sozialstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beachtet. Das Ziel ist, in allen Wirtschaftsbereichen gerechte internationale Handelsbeziehungen und faire Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Das Land hat bei der verantwortlichen Beschaffung eine Vorbildfunktion. Die Landesregierung berücksichtigt deshalb bei ihrer Beschaffung neben ökonomischen auch regionale, ökologische und soziale Kriterien und bevorzugt, wo mög-

lich, Produkte aus Fairem Handel. Die Landesregierung wird die dafür notwendigen Voraussetzungen im Bereich des Vergaberechts schaffen. Um eine verantwortliche Beschaffung umzusetzen, sollen die Beratungsarbeit intensiviert und Evaluierungs- und Monitoring-Instrumente eingeführt werden. Das Land erkennt die besondere Rolle der Kommunen als Beschaffer von Waren und Dienstleistungen an und setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die für ein verantwortliches kommunales Beschaffungswesen notwendig sind.

Der Faire Handel ist ein wirkungsvolles Instrument der Entwicklungszusammenarbeit und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit – insbesondere über die Weltläden. Baden-Württemberg ist schon heute das Bundesland mit der höchsten Dichte an Weltläden. Trotzdem macht der Anteil des Fairen Handels in Baden-Württemberg nur einen sehr kleinen Anteil des gesamten Handels aus. Gemeinsam mit allen Akteuren engagiert sich das Land Baden-Württemberg deshalb für einen umfassenden Ausbau des Fairen Handels.

Die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu nachhaltigem Konsum und verantwortlicher Beschaffung des Landes und der Kommunen soll ausgebaut werden, um weitere Akteure für die Umsetzung zu gewinnen und konkrete Handlungsoptionen aufzuzeigen. Baden-Württemberg soll ein Vorreiter in Fairem Handel und verantwortlicher Beschaffung werden.

Das Land hat bei der verantwortlichen Beschaffung eine Vorbildfunktion.

2.6 DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE

VERANTWORTUNG DER UNTERNEHMEN STÄRKEN

Baden-Württemberg ist eine der exportstärksten Regionen weltweit. Viele baden-württembergische Unternehmen haben in Entwicklungsländern Niederlassungen und Produktionsstätten, importieren Rohstoffe und Produkte aus Entwicklungsländern oder exportieren in diese Länder. Zahlreiche Unternehmen schaffen durch ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in Entwicklungsländern Arbeitsplätze und fördern durch Aus- und Fortbildung die Qualifikation der Mitarbeitenden. Baden-Württemberg hat eine innovative und mittelständisch geprägte Wirtschaft. Diese spezifischen Stärken sollen auch in die Entwicklungspolitik eingebracht werden.

Die Landesregierung unterstützt eine stärkere Vernetzung von Wirtschaft und entwicklungspolitischen Akteuren. Die Akteure in der Wirtschaft sollen aktiver in den entwicklungspolitischen Dialog einbezogen werden.

Die Landesregierung achtet bei der Außenwirtschaftsförderung auf die Einhaltung der Menschenrechte und der ILO-Kernarbeitsnormen sowie der Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung. Das Land setzt sich für verbindliche Umwelt- und Sozialstandards entlang der Lieferkette der Unternehmen

und entsprechende Offenlegungspflichten ein. Verbindliche Kriterien in der Außenwirtschaftsförderung sollen verhindern, dass aus Landesmittelnentwicklungsschädliche Projekte gefördert werden (Do-No-Harm-Ansatz).

Finanzpolitisch setzt sich das Land für eine nachhaltige Geldwirtschaft ein, die neben ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien auch entwicklungspolitische Kriterien einbezieht. Die Beiträge der Sparkassen und Genossenschaften für den Aufbau von Wirtschaftsstrukturen sollen stärker in die Entwicklungspolitik des Landes einbezogen werden.

Speziell im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung haben die Unternehmen viele Möglichkeiten zur Förderung der Entwicklung in anderen Ländern. Diese Aktivitäten sollen in Zukunft – auch in Kooperation mit der Bundesregierung und deren im Land präsenten Durchführungsorganisationen – weiter ausgebaut werden.

Die technologische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern im Energie- und Umweltbereich, z. B. bei der Nutzung von regenerativen Energien, soll intensiviert werden.



Die Akteure in der Wirtschaft sollen aktiver in den Entwicklungspolitischen Dialog einbezogen werden.

nen einbringen. Das Land versteht sich in diesem Kontext als Anwalt der Bürger und der Zivilgesellschaften der Entwicklungsländer.

2.7 ENTWICKLUNGSPOLITIK IM NATIONALEN UND INTERNATIONALEN KONTEXT FÖRDERN

Das Land hat auf der Ebene des Bundes und der Europäischen Union ebenso wie auf internationaler Ebene Stimme, Gewicht und Einfluss. Baden-Württemberg wird sein Verständnis von Entwicklungspolitik und seine Haltung in globalen Fragen selbstbewusst und in möglichst breiter Abstimmung mit den anderen Bundesländern auf diesen politischen Ebe-

Die Entwicklungspolitik ist ein integraler und wichtiger Bereich der Außenbeziehungen des Landes Baden-Württemberg: Bei den internationalen Angelegenheiten nimmt deshalb neben den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft der Austausch der Zivilgesellschaften einen besonderen Stellenwert ein. Bei der Vorbereitung und Durchführung von Begegnungen, Reisen und Projekten des Landes im internationalen Bereich sollen die zivilgesellschaftlichen und entwicklungspolitischen Akteure in geeigneter Weise einbezogen werden.

Die Entwicklungspolitik ist ein integraler und wichtiger Bereich der Außenbeziehungen des Landes Baden-Württemberg.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN LEITLINIEN

Der Begriff der „Entwicklung“ und die Rede von „Entwicklungsländern“ sind ebenso umstritten wie unzulänglich. Im Wissen darum und in Ermangelung einer allgemein akzeptierten Alternative hat sich der Fachbeirat dennoch für die Beibehaltung dieser Begriffe entschieden.

Die Leitlinien verwenden den Begriff „Entwicklungspolitik“ als Überbegriff für alle Maßnahmen im In- und Ausland zur Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Situation der Menschen. Im Unterschied hierzu wird von „Entwicklungszusammenarbeit“ gesprochen, wenn es konkret um eine auslandsbezogene Kooperation mit Partnern in Entwicklungsländern oder um Projekte in Entwicklungsländern geht.

Die Gruppe der „Entwicklungsländer“ wird in den Leitlinien bewusst nicht auf eine spezifische Ländergruppe – etwa die Least Developed Countries (LLDC) der UN – begrenzt, da die vielfältigen Partnerbeziehungen aus Baden-Württemberg mit „Entwicklungsländern“ und „Schwellenländern“ nicht aufgrund von Kategorien eingeschränkt werden sollen.

Die Leitlinien verwenden den Begriff „bürgerschaftliches Engagement“, wo es um die entwicklungspolitischen Aktivitäten Einzelner geht. Im Unterschied dazu reden die Leitlinien von „zivilgesellschaftlichen“ Organisationen und Strukturen, wenn die unterschiedlichen Initiativen, Organisationen, Verbände oder kirchlichen Gruppen gemeint sind, in denen sich die Menschen entwicklungspolitisch engagieren. Von „entwicklungspolitischen Akteuren“ ist die Rede, wenn umfassend alle entwicklungspolitisch aktiven Organisationen und Institutionen angesprochen werden, also auch staatliche oder halbstaatliche Entwicklungsorganisationen und die Kommunen.

Die Leitlinien verzichten auf geschlechtsspezifische Begriffe und verstehen die einheitliche Sprachform explizit als geschlechtsübergreifend.

Weitere Informationen zum Entwicklungspolitischen Dialog **WELT:BÜRGER GEFRAGT!** finden Sie unter: www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt www.ev-akademie-boll.de/weltbuerger-gefragt



VERANSTALTUNGEN DES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN DIALOGS

Bürgerkonferenzen

14.4.2012	Auftaktkonferenz auf der Messe FAIR HANDELN in Stuttgart
27.4.2012	Bürgerkonferenz in Freiburg
5.5.2012	Bürgerkonferenz in Ulm
25.5.2012	Bürgerkonferenz in Tübingen
15.6.2012	Bürgerkonferenz in Konstanz
18.6.2012	Bürgerkonferenz im Mannheim
18.9.2012	Abschlusskonferenz im Landtag von Baden-Württemberg

Themengespräche

20.4.2012	Themengespräch Migration in Ludwigsburg
28.4.2012	Themengespräch Zivilgesellschaft in Stuttgart
18.5.2012	Themengespräch Nord-Süd-Partnerschaften im Landtag von Baden-Württemberg

20.6.2012	Themengespräch Wirtschaft in der Evangelischen Akademie Bad Boll
22.6.2012	Themengespräch Globales Lernen in Reutlingen
28.6.2012	Themengespräch Hochschule und Wissenschaft in Freiburg
2.7.2012	Themengespräch Eine Welt in der Schule in Stuttgart

Weitere Veranstaltungen

16.3.2012	Ressortkonferenz der Landesregierung
27.3.2012	Verbändekonferenz in Stuttgart
14.-15.5.2012	Expertenanhörung des Fachbeirats in der Evangelischen Akademie Bad Boll
7.7.2012	Delegiertenkonferenz in Karlsruhe
1.3.-27.7.2012	Insgesamt 7 Tagungen des Fachbeirats

MITGLIEDER DES FACHBEIRATS

Johannes Bielefeld/Monsignore Dr. Bernd Kaut, Diözese Rottenburg-Stuttgart
 Claudia Duppel, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB), Stuttgart
 Dr. Kidist Hailu, Trainerin für interkulturelle Kommunikation, Bad Schönborn
 Nicole Kimmel, Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Stuttgart
 Uwe Kleinert, Werkstatt Ökonomie (WOEK), Heidelberg
 Alexander Kreher, Stabsabteilung für Internationale Angelegenheiten der Stadt Stuttgart
 Paulino José Miguel, Forum der Kulturen, Stuttgart
 Pfarrer Peter Scherhans, Ev. Landeskirche in Baden, Karlsruhe
 Tobias Seiberlich, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Mannheim
 Dr. Stefan Wilhelmy, ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Stuttgart/Bonn

VERTRETER DES STAATSMINISTERIUMS

Dr. Christoph Grammer, Referat Internationale Angelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
 Zoltan Novak, Referat Internationale Angelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart

KONZEPTION UND ORGANISATION DES DIALOGPROZESSES

Dr. Dieter Heidtmann, Pfarrer, Studienleiter, Evangelische Akademie Bad Boll
 Dr. Regina Fein, Studienleiterin, Evangelische Akademie Bad Boll
 Simone Helmschrott, Studienleiterin, Evangelische Akademie Bad Boll

MODERATOREN DER VERANSTALTUNGEN

Stefan Brückner, Dr. Regina Fein, Anna Greve, Dr. Dieter Heidtmann, Simone Helmschrott, Jobst Kraus, Viktoria Pum, Martin Schwarz, Marielisa von Thadden, Wolfgang Wagner, Susanne Wolf (alle Evangelische Akademie Bad Boll)

SEKRETARIAT

Susanne Heinzmann
 Evangelische Akademie Bad Boll
 73087 Bad Boll
 Tel.: 07164 79-0
 Fax: 07164 79-440
 weltbuerger@ev-akademie-boll.de

DOKUMENTATION

www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt





Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM



Gedruckt auf 100% Altpapier